

Falin, Valentin

Falin bei Wikipedia >>>

(* 1926)

sowjetischer Diplomat, Buchautor
Botschafter der UdSSR in der BRD (1971-1978)

(...)

Können Erbarmen und Staatsräson, Gewissensfreiheit und Atheismus koexistieren?

Die Serie meiner Denkschriften an Michail Gorbatschow lief letzten Endes auf ein Dilemma hinaus, das die Menschen von alters her bewegt – das Verhältnis zweier Arten zu denken, zweier Seelen, die in unserer Brust wohnen und unser Handeln bestimmen. Die eine Hälfte des menschlichen Hirns kalkuliert, berechnet und misst nach Kilogramm, Kilometer, Stunden, Sekunden, Dollars und Rubeln. Die andere trennt das Gute vom Schlechten und misst dabei nicht nach Annehmlichkeit und Nutzen, sondern eher nach den Werten von Ethik und Kultur. Das ist nicht grade eine sehr neue, aber doch sehr aktuelle Feststellung. Wer das eine übertreibt, wird zum Raubtier, wer sich in das andere hineinsteigert, zum Träumer.

(S. 119)

... In meinem Besitz sind die Kopien von vier Dokumenten, die ich Michail Gorbatschow von Februar bis Juli 1990 vor Begegnungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sandte. Er erhielt von mir auch Gedanken zu den Besonderheiten der Positionen Frankreichs und der USA. Meine eigenen Kopien der beiden letzten Denkschriften sind verschwunden, neue Kopien der Originale konnte ich nicht erhalten.

(S. 154)

... Hier meine Empfehlungen an Michail Gorbatschow zum Meinungsaustausch mit Helmut Kohl vom Februar 1990 im Wortlaut:

„An M. S. - für das Gespräch mit H. Kohl am 10. Februar 1990

Nachdem Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher die Positionen der BRD-Regierung dargelegt haben, könnte man etwa Folgendes ausführen:

1. Zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Einheit der deutschen Nation und des Rechtes der Deutschen, die staatliche Form dieser Einheit selbst zu bestimmen.
2. Wir sind uns weiterhin darüber einig, dass sich die Deutschlandfrage nicht auf die Vereinigung des Landes und die Erfüllung der Hoffnungen der Deutschen allein reduzieren lässt. Sie betrifft sowohl Deutschlands unmittelbare Nachbarn als auch die Situation in Europa und in der Welt. Folglich müssen bei ihrer Lösung sowohl die Interessen der Deutschen als auch die legitimen Interessen anderer Völker adäquat berücksichtigt werden. Man kann mit Befriedigung feststellen, dass Bundeskanzler Kohl dies offiziell anerkennt.
3. Nach unserer Auffassung haben wir auch Verständigung darüber erzielt, dass unsere gemeinsame Hauptaufgabe gegenwärtig darin besteht, nicht allein konkrete Elemente der Regelung, sondern diejenigen Basiskonstruktionen zu bestimmen, die eine stabile und konfliktlose Entwicklung sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa gewährleisten. In

gewisser Weise werden in Deutschland die Grundsatzlösungen für das gemeinsame Haus Europa erprobt, die die kollektive Sicherheit und die Regeln guter Nachbarschaft in den wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und auch politischen Beziehungen betreffen. Daraus müssen die Entwicklungsetappen, die praktischen Prioritäten und, was besonders wichtig ist, genaue Vorstellungen von den objektiven Möglichkeiten beider Seiten logisch abgeleitet werden.

4. Aus den Worten von Kanzler Kohl und Außenminister Genscher sowie aus anderen Informationen schließt die sowjetische Seite, dass beim heutigen Stand die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in der DDR das dringlichste Problem ist. Deshalb sollte man sich in erster Linie darauf konzentrieren. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der DDR nützt niemandem, könnte aber die Lage in Osteuropa in gefährlicher Weise komplizieren. Wenn in Wirtschaft, Ökologie, Technologie und anderen derartigen Bereichen in für beide deutsche Staaten annehmbarer Form konföderative oder gar föderative Strukturen entstünden, würde die Sowjetunion sich dem nicht widersetzen und nach ihren Möglichkeiten Unterstützung gewähren. Wenn die wirtschaftlichen Strukturen der DDR und der BRD in solider, ausgewogener Weise auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, könnte das, wie es gegenwärtig aussieht, sicherlich die Leidenschaften dämpfen.

5. Es dürfte nicht im Interesse der BRD liegen, dass die Deutschen als unzuverlässige Partner erscheinen. Wenn man aus dieser Sicht die gegenwärtige Einmischung der BRD in die Angelegenheiten der DDR bewertet, die eine Verletzung des Berliner Vertrages mit der DDR und des Moskauer Vertrages mit uns darstellt, dann kann man schon ins Grübeln kommen. Und man sollte nicht versuchen, die Situation schönzureden, indem man auf 'außerordentliche Umstände', ein 'Sonderverhältnis', die 'Aufforderung' an die westdeutschen Politiker, die DDR bereits jetzt als ihre Domäne zu betrachten, u.a. hinweist. 'Außerordentliche Umstände' gibt es überall, nicht nur im Westen, und sie werden auch künftig nicht zu vermeiden sein.

6. Zugleich wäre es nicht angebracht, insbesondere in der gegenwärtigen aufgeheizten Atmosphäre, die Situation übermäßig zu ideologisieren. Es ist unschwer zu erkennen, dass solche Versuche uns in beträchtliche Schwierigkeiten bringen können, weil sie Gegenreaktionen provozieren. Außerdem sind sie gefährlich für die demokratischen Institutionen sowohl der beiden deutschen Staaten als auch des künftigen einheitlichen Deutschland. Unsere aktuellen Erfahrungen beweisen, dass es leichter ist, die Geister zu rufen als sie wieder loszuwerden.

7. Bei allem bisher Gesagten war und bleibt der Kern der Deutschlandfrage ihr militärische Komponente. Wenn wir hier übereinkommen, wird Deutschland einig sein.

Eine solche Übereinkunft ist aber nur unter der Voraussetzung möglich, dass das Kräfteverhältnis in Europa und der Welt nicht in Gefahr gerät. Kann man eine solche Lösung finden? Nach meiner Meinung durchaus. Wenn kein Staat und keine Staatengruppe mehr beansprucht, als sie selbst einem anderen Staat oder einer anderen Staatengruppe zu geben bereit sind.

Unsere Gedanken kann man auf folgende kurze Formel bringen: Damit von deutschem Boden nie wieder Kriegsgefahr ausgeht, darf dieses Territorium nicht von äußeren Kräften für militärische Zwecke benutzt werden, vor allem nicht für solche, die andere Staaten als Gefahr für sich selbst ansehen. Weiter soll auf deutschem Boden nur ein Minimum an nationalen Rüstungen und Streitkräften verbleiben, das die Erfordernisse einer hinreichenden Verteidigung nicht überschreitet.

Wenn vorgeschlagen wird, im Rahmen des einheitlichen Deutschland faktisch einen unterschiedlichen Status für das Gebiet der BRD und der DDR einzuführen, dann ist das

keine lebensfähige Konstruktion. Es macht den Eindruck, dass der Nordatlantikpakt und die USA an der weiteren Nutzung des BRD-Gebietes für die NATO großes Interesse haben. Der Wert eines solchen Aufmarschgebietes wüchse ungeheuer an, wenn das Gebiet der DDR zugleich neutral würde.

Darauf wird aber die UdSSR, wird keine sowjetische Führung eingehen. Versuche, uns ein derartiges Modell aufzuzwingen, müssten zu einer extremen Krise führen. Das ist nicht in unserem Sinne und kann sicherlich in niemandes Sinne sei.

Zu den Überlegungen, es könnte zur Beruhigung seiner Nachbarn wünschenswert sein, einen Teil oder ganz Deutschland in die NATO einzubeziehen, sei folgende Frage gestattet: Wie soll die Stationierung atomarer, chemischer und anderer Waffen auf dem Territorium des einheitlichen Deutschlands dessen Nachbarn beruhigen – Waffen, die hoffentlich auch dann nicht gegen die Deutschen eingesetzt werden, wenn einer der Nachbarn der Meinung sein sollte, Deutschland zeige nicht genügend Loyalität oder breche in mancher Hinsicht sogar gegebene Versprechen. Wenn man ehrlich ist – und eine andere Grundlage für gegenseitige Verständigung sehe ich nicht –, dann sollte man von solchen Spielen und Konstruktionen die Finger lassen. Sie haben in der Vergangenheit viel Schaden angerichtet und könnten in der Zukunft eine Katastrophe heraufbeschwören, die nicht wieder gutzumachen wäre.

8. Für die UdSSR wäre somit ein rascher als auch ein schrittweiser Übergang Deutschlands zum Status eines blockfreien Landes annehmbar (wenn Ihnen der Terminus 'Neutralität' nicht zusagt), das heißt, ein Zustand, da Deutschland kein zentraler Schauplatz militärischer Aktivitäten vor allem 'dritter' Staaten mehr ist. Praktisch gedacht, sind hier mehrere Varianten möglich:

a) Da die Vereinigung Deutschlands dem Prozess der europäischen Vereinigung vorseilt, bleiben die gegenwärtige DDR und die BRD im Rahmen konföderativer Strukturen für eine bestimmte Zeit Mitglieder des Warschauer Vertrages bzw. der NATO. Dabei wird vorausgesetzt, dass sich Warschauer Vertrag und NATO rasch zu vorrangig politischen Organisationen wandeln. In dieser Etappe könnte eine starke Reduzierung der in dem Gebiet stationierten ausländischen und nationalen Streitkräfte durchgeführt werden. Nach unserer Auffassung könnte man alle atomaren und chemischen Waffen vollständig von deutschem Territorium abziehen oder diese Waffensysteme dort radikal reduzieren.

b) Man könnte auch von Anfang an ein Modell *symbolischer Militärpräsenz der Vier Mächte* in West- und Ostdeutschland vereinbaren, so etwa, wie es seinerzeit für Berlin vorgesehen war. Mit anderen Worten, es ginge nicht so sehr um Militäreinheiten mit selbständigem Kampfpotenzial als vielmehr um Missionen der Vier Mächte, die die Einhaltung der vereinbarten Beschlüsse durch die Deutschen und die Vier Mächte beobachten. Auch hier müssten alle Arsenale an atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen auf deutschem Boden abgebaut und die deutschen Streitkräfte bis auf ein für die Verteidigung hinreichendes Niveau reduziert werden.

c) Man sollte als Variante auch nicht ausschließen, dass die genannten Militärmissionen der Vier Mächte von Anfang an gemischt zusammengesetzt sein könnten. Damit könnte man ihre spezifische Aufgabe noch deutlicher hervorheben und ein Maximum an Sicherheit dafür schaffen, dass deutsches Gebiet nicht mehr für militärische Ziele – gegen wen auch immer – genutzt wird.

9. In dem Maße, wie ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem entsteht, könnte in einer entsprechenden Etappe analog auch die Beobachtung der militärischen Aktivitäten aller

Beteiligten an diesem Prozess eingerichtet werden. Die nationale Zusammensetzung der Missionen in Deutschland könnte dann dem angeglichen werden, was für alle anderen Staaten gilt.

10. Eine konkrete Übereinkunft zu dieser Frage und der notwendige politische Zeitplan wären in Verhandlungen bevollmächtigter Vertreter der Vier Alliierten mit Beteiligung von Delegationen beider deutscher Staaten (4+2) zu erarbeiten. Die Verhandlungsergebnisse könnten einem gesamteuropäischen Gipfel zur Bestätigung vorgelegt werden. Eine Formel der deutschen Einheit, die eine Konferenz 'Helsinki-2' bestätigte, machte aus dieser einen real erfüllbaren gesamteuropäischen Plan.

Da ungewöhnliche Wege gegangen werden müssen, wenn wir einen Strich unter den Zweiten Weltkrieg ziehen und Ost- sowie Westdeutschland von den gültigen Regelungen der Kriegs- und Nachkriegszeit entbinden wollen, könnte man vereinbaren, dass ein solches Schlussdokument oder Dokument 'Helsinki-2' den Status eines Friedensvertrages mit allen sich daraus ergebenden juristischen Folgen erhält.

11. Wenn Kohl die Frage der Direktwahl von Bundestagsabgeordneten in West-Berlin anspricht, sollten wir vorschlagen, diese im Rahmen der 4+2-Verhandlungen zu erörtern.

V. Falin“
(S. 155-160)

Valentin Falin, Konflikte im Kreml
Der Untergang der Sowjetunion
edition berolina 2014